

Haldensleben, den 14.10.2020

Niederschrift

über die 11. Tagung des Wirtschafts- und Finanzausschusses der Stadt Haldensleben am 13.10.2020,
von 18:00 Uhr bis 19:50 Uhr

Ort: im Rathaus der Stadt Haldensleben, Markt 22, Sitzungssaal

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Mario Schumacher

Mitglieder

Frau Sabrina Püschel

Frau Anja Reinke

Frau Roswitha Schulz

Frau Doris Trautvetter

Herr Thomas Seelmann i.V. für Herrn Burkhard Braune

Herr Dirk Hebecker i.V. für Herrn Thomas Feustel

sachkundige Einwohner

Frau Jana Hüttner

Herr Jürgen Jacob

Abwesend:

Mitglieder

Herr Burkhard Braune – entschuldigt

Herr Thomas Feustel – entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Hans-Werner Stier – entschuldigt

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Abstimmung über den öffentlichen Teil der Niederschrift zur Tagung vom 06.10.2020
4. Einwohnerfragestunde
5. Antrag der AfD-Fraktion - Straßenausbaubeiträge - Gebührenbescheide nicht erlassen
Vorlage: A-033(VII.)/2020
6. Fortsetzung der Haushaltsdebatte
7. Mitteilungen
8. Anfragen und Anregungen

II. Nichtöffentlicher Teil

9. Abstimmung über den nichtöffentlichen Teil der Niederschrift zur Tagung vom 06.10.2020
10. Mitteilungen
11. Anfragen und Anregungen

I. Öffentlicher Teil:

zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher eröffnet die heutige Sitzung. Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt; es sind 6 Ausschussmitglieder anwesend; der Ausschuss ist beschlussfähig. Die Stadträte Burkhard Braune und Thomas Feustel werden durch die Stadträte Thomas Seelmann und Dirk Hebecker vertreten. Die

sachkundigen Einwohner Frau Jana Hüttner und Herr Jürgen Jacob nehmen ebenfalls an der Sitzung teil. Der sachkundige Einwohner Herr Hans-Werner Stier ist entschuldigt

zu TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Stadträtin Anja Reinke würde gern die Abstimmung über die Niederschrift vom 06.10.2020 vertagen, da die Niederschrift erst sehr kurzfristig den Stadträten zur Verfügung stand.

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher sehe keine Einwände, so dass die Abstimmung über den TOP 3 im öffentlichen Teil und den TOP 9 im nichtöffentlichen auf die nächste Sitzung vertagt wird. Weitere Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Die Tagesordnung wird mit Absetzung des TOP 3 und des TOP 9 angenommen und gilt damit als festgestellt.

zu TOP 3 Abstimmung über den öffentlichen Teil der Niederschrift zur Tagung vom 06.10.2020

Die Abstimmung über den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 06.10.2020 wird vertagt.

Stadtrat Dirk Hebecker kommt hinzu, somit sind 7 Ausschussmitglieder anwesend.

zu TOP 4 Einwohnerfragestunde

Einwohner I/13.10.2020 möchte von den Anwesenden wissen, was sie gedenken zu tun, um die Ausgaben der Kommune zu senken. In Anbetracht dessen, was er in dem Verfahren gegen Frau Blenkle gehört hat, dass die Blumenfee 4.000,00 € Brutto erhalten hat, sage er mal, dass das Ansinnen von Frau Kolbe die Gehaltssituation zu überprüfen, doch dringend auf der Tagesordnung steht, um die Kosten zu senken.

Wenn er sehe, dass bei der Pflege der Rosenbeete 3 Mann für 5 Stunden 30 m bearbeiten, d.h., er rechne mal mit einer Stunde von 40,00 €; 30 m für 3 Mann, das sind 600,00 € - das kann er nicht mehr nachvollziehen. Langsam mal diese Rosenbeete kappen, um die Kosten zu senken oder Gartenpflege zu betreiben. Den Garten, den sie nie verpachten können, dort 3.000,00 € in das Ding reinzusetzen, um dort vielleicht mal Hühner zu halten. Einen solchen Unsinn können sie nicht nachvollziehen. Das können sie keinem verklickern. Und wenn sie dann den Bürgern auch mal verklickern, wieviel Kosten sie verursacht haben für das Verfahren von Frau Blenkle, das möchte ich mal wissen, was sie unternommen haben, um die Kosten zu senken.

Die Mitglieder des Wirtschafts- und Finanzausschuss haben heute das zweite Mal das Thema Haushalt auf der Tagesordnung. In der ersten Sitzung wurde von der Verwaltung ein Diskussionspapier vorgestellt und mögliche Einsparpotentiale aufgezeigt. Heute stehen die Investitionen im Fokus. Diese Unterlagen bilden die Grundlage, um in den Faktionen beraten und Vorschläge unterbreiten zu können. Aus Sicht des Ausschussvorsitzenden Mario Schumacher setze die Verwaltung alles daran, die Kosten zu senken. Die Regeln der Sparsamkeit sind oberstes Gebot der Stadt Haldensleben.

Dass sich die Stadträte Gedanken zu Kosteneinsparungen im Haushalt machen, stehe für Stadträtin Doris Trautvetter außer Frage. Auf der anderen Seite sollten sich alle in irgendeiner Form beteiligen, um in der Stadt Kosten einzusparen. Es stehe jedem Bürger frei, die Pflege für ein Blumenbeet bzw. eine Grünfläche zu übernehmen, damit die Kosten reduziert werden.

Die Mitarbeiter des Stadthofes stehen ständig in der Kritik, obwohl sie eine sehr gute Arbeit leisten. Es sind sehr viele Flächen zu pflegen und es kommen jährlich Flächen dazu und das bei gleichem Personalbestand. Aber mehr Personal gibt der Haushalt nicht her. Von Seiten der Verwaltung gibt es die Überlegung, in einer der nächsten Sitzungen des ULFA-Ausschusses über die Arbeit des Stadthofes zu berichten.

Was die Pflege der Rosenbeete betreffe, sei der Stadthof sukzessive dabei, diese Flächen weniger pflegeintensiv umzugestalten, merkt die stellv. Bürgermeisterin Sabine Wendler an.

Einwohner II/13.10.2020

Der Einwohner fragt, warum die Stadt Haldensleben jetzt mit der Planung eines Haushaltes für das Jahr 2021 beginnt und keinen Nachtragshaushalt für 2020 beschließt, denn allen ist bekannt, dass es eine Haushaltssperre gibt.

Die stellv. Bürgermeisterin erklärt, dass kein Nachtragshaushalt erforderlich ist. Eine Haushaltssperre wird immer verhängt, wenn unmittelbar akuter Handlungsbedarf besteht, das ist aber nicht unbedingt mit einem Nachtragshaushalt verbunden. Die Verwaltung fängt schon im Sommer mit der Haushaltsplanung des nächsten Jahres an, damit zu Beginn des neuen Jahres ein bestätigter Haushalt vorliegt und die Verwaltung handlungsfähig ist. Ansonsten können keine freiwilligen Leistungen gezahlt werden, d.h. kein Verein bekommt Geld.

Eine weitere Frage des Einwohners bezieht sich auf die Gebietsänderungsverträge. So wie er informiert sei, würden die Stadträte die Gebietsänderungsverträge für die einzelnen Ortsteile nicht kennen. Seine Frage an die Stadträte und die Verwaltung ist, wie will man einen rechtskräftigen Haushalt beschließen, wenn keiner von den Mitgliedern, die das beschließen, diese Gebietsänderungsverträge kenne um zu wissen, welche vertraglichen Vereinbarungen einzuhalten sind.

Stadtrat Dirk Hebecker kenne den Inhalt des Gebietsänderungsvertrages für den Ortsteil Süplingen.

Auch Stadtrat Thomas Seelmann bestätigt, dass ihm der Gebietsänderungsvertrag vorliegt. Es obliegt den Ortschaftsräten darauf zu achten, dass ihr Ortsteil auch entsprechend im Haushalt vertreten ist.

Stadträtin Roswitha Schulz könne sich erinnern, dass allen Stadträten die Gebietsänderungsverträge zur Verfügung gestellt wurden. Darüber hinaus wird immer ein Auszug aus dem Haushaltsplan für den jeweiligen Ortschaftsrat zusammengestellt, damit auch erkennbar ist, dass das, was im Gebietsänderungsvertrag festgehalten worden ist, sich im Haushaltsplan wiederfindet.

Auf die Frage des Einwohners vor einem Jahr, ob die Festlegungen der Gebietsänderungsverträge im Haushalt Berücksichtigung finden, habe er keine Antwort von der Verwaltung bekommen.

Wie mehrfach eben bestätigt wurde, finden die Festlegungen im Gebietsänderungsvertrag Berücksichtigung im Haushalt und die Gebietsänderungsverträge liegen allen Stadträten vor, unterstreicht Ausschussvorsitzender Mario Schumacher die Aussagen der Stadträte.

Den Gebietsänderungsvertrag besitze der Einwohner, aber ihm liegen die Anlagen nicht vor. Diese hätte er gern.

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher erwidert darauf, dass der Einwohner sich an seinen Ortsbürgermeister wenden sollte.

Der Einwohner habe sich mit seiner Bitte an die stellv. Bürgermeisterin gewandt, wirft Stadträtin Anja Reinke ein.

Die stellv. Bürgermeisterin werde sehen, was sie tun könne. Herr Herrmann ist Ortschaftsrat.

zu TOP 5 Antrag der AfD-Fraktion - Straßenausbaubeiträge - Gebührenbescheide nicht erlassen
Vorlage: A-033(VII.)/2020

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen, dass eine Versendung oder bereits versendete Gebührenbescheide zurückgenommen werden bzw. nicht verschickt werden.

Zu Beginn der heutigen Sitzung wurde von Stadträtin Sabrina Püschel ein Änderungsantrag zum Antrag der AfD-Fraktion eingereicht, so einleitend der Ausschussvorsitzende.

Stadträtin Sabrina Püschel trägt vor, dass die Änderung im Änderungsantrag wie folgt lautet:

„Der Stadtrat beschließt, dass mit sofortiger Wirkung, die Einziehung von Straßenausbaubeiträgen ausgesetzt wird. Zudem werden bereits erlassene Gebührenbescheide rückwirkend zum 01.01.2020 aufgehoben.“

(aus dem Antrag in grün gekennzeichnet)

Obwohl die Stellungnahme der Verwaltung schlüssig ist, werde die AfD-Fraktion an ihrem Antrag in der geänderten Fassung festhalten, auch im Hinblick auf den Gesetzentwurf.

Stadtrat Thomas Seelmann hinterfragt, ob der Änderungsantrag der AfD-Fraktion der aktuelle Antrag ist. Dies bejaht Stadträtin Sabrina Püschel.

Den Stadträten bleibt zu den Anträgen keine Option macht Ausschussvorsitzender Mario Schumacher deutlich. So wie die Anträge gestellt sind, müssten sie abgelehnt werden, weil sie nicht den gesetzlichen Grundlagen entsprechen und sollten die Stadträte der Argumentation der AfD-Fraktion folgen und zustimmen, müsste die stellv. Bürgermeisterin Widerspruch einlegen. Im Landtag gibt es zu den Straßenausbaubeiträgen noch keine Entscheidung und nach seinen Informationen, steht das Thema in der nächsten Woche im Landtag auch nicht zur Diskussion. D.h., es werde zu den Straßenausbaubeiträgen in diesem Monat vom Landtag noch keine Entscheidung geben.

Wann und wie der Landtag in Sachsen-Anhalt das Gesetz beschließt, das kann man nicht absehen. Stadträtin Sabrina Püschel bezieht sich auf die Stellungnahme der Verwaltung. Gemäß § 6 Abs. 1 KAG LSA können Gemeinden von den Beitragspflichtigen ...erheben. Es ist also eine kann und keine muss Vorschrift, so dass die Kommune Haldensleben diese Beiträge einfach aussetzen kann. Für den Fehlbetrag sollte dann eine Deckungsquelle aufgetan werden. Unabhängig wie der Landtag entscheidet, möchte sie für die AfD-Fraktion verdeutlichen, dass sie mit diesem Antrag erreichen wollen, dass die Beiträge für die Bürger erlassen werden.

Wie bereits ausgeführt, spreche inhaltlich nichts gegen den Antrag und was beantragt wird, ist im Sinne vieler Stadträte, zum Wohle der Bürger so zu entscheiden, aber deswegen kann derzeit dieser Antrag nicht beschlossen werden, da er vielleicht in der Konsequenz nicht umgesetzt werden kann, wiederholt der Ausschussvorsitzende seinen Standpunkt. Er wünscht sich vom Landtag eine klare Regelung. Eine Kann-Bestimmung und den Kommunen die Entscheidung zu überlassen, halte er nicht für produktiv.

Es soll über den Antrag der AfD-Fraktion abgestimmt werden. Wenn die Stadträte dem Antrag nicht zustimmen, dann werde Stadträtin Sabrina Püschel das akzeptieren.

Eigentlich, so Stadträtin Doris Trautvetter, spreche alles dafür, dass dieser Antrag vertagt wird. Es macht jetzt keinen Sinn, weil keine gesetzliche Grundlage vorliegt.

Wenn dieser Beschluss ergeht, müsste die stellv. Bürgermeisterin Widerspruch einlegen, weil der Antrag gegen geltendes Recht verstößt und das ist doch nicht im Sinne aller.

Wie die Argumente zeigen, gibt es Übereinstimmung, dass die Stadträte das Bestmögliche im Sinne der Bürger tun werden. Die Entscheidung zu vertagen, halte Stadträtin Roswitha Schulz für richtig. Vielleicht entscheidet der Landtag, dass die Kommune entscheiden soll. Wobei sich damit das Land die Entscheidung einfach macht, woher das Geld kommen soll.

Stadträtin Anja Reinke gibt wörtlich zu Protokoll: „Mein Vorschlag im Bauausschuss war es, die Baumaßnahmen die Straßenbaumaßnahmen in der Stadt Haldensleben solange auszusetzen, bis eine gesetzliche Grundlage existiert und zwar zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen. Das haben wir gemacht als Stadt gemeinsam. Jetzt geht es darum, dass die Bürgerinnen und Bürger insbesondere im Ostergraben in Althaldensleben jetzt nicht mehr mit diesen Beiträgen belastet werden. Die Frage ist, wie kann man das erreichen und wollen wir das erreichen? Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Landtag Sachsen-Anhalt hat gemeinsam mit der CDU und SPD-Fraktion den Antrag eingebracht, diese Straßenausbaubeiträge nicht mehr zu erheben. Leider gab es bis jetzt dazu keinen abschließenden Beschluss.

Ich befürchte, dass die Verwaltung der Stadt Haldensleben aufgrund der Haushaltslage, die Bescheide jetzt demnächst erlassen wird, weil ansonsten Zeitablauf droht. Die Frage ist, wie wollen wir damit jetzt umgehen?“

Beiträge sind zu erheben; so wie es in der Stellungnahme formuliert ist, ein Ermessen besteht nicht, aber es gibt eine Festsetzungsverjährung von 4 Jahren, macht die stellv. Bürgermeisterin Sabine Wendler deutlich.

Wenn die Stadträte die Entscheidung über den Antrag vertagen und die Verwaltung die Bescheide noch nicht verschickt, bleibe man noch im rechtlichen Rahmen. Stadtrat Thomas Seelmann spricht sich ebenfalls für eine Vertagung des Antrages aus, bis das Gesetz beschlossen ist, um dann aufgrund des Gesetzes zu entscheiden.

Stadträtin Sabrina Püschel wiederholt, dass sie auf eine Abstimmung über den Antrag ihrer Fraktion bestehe. Ihre Fraktion halte es nicht für richtig, abzuwarten bis der Landtag entscheidet.

Stadträtin Doris Trautvetter stellt den Antrag, den Antrag der AfD zu vertagen, bis das Gesetz im Landtag beschlossen wurde.

Sie setzt ihre Ausführungen fort. Sollte der Antrag beschlossen werden, müssten die Stadträte auch über die Kosten diskutieren. Ziel ist es ja, falls das Gesetz zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge beschlossen wird

zum 01.01.2020 und auch rückwirkend für die anderen Jahre. Und damit ist nicht jeder einverstanden, weil die Mittel, die Kosten müsste die Stadt bestreiten. Es wird jetzt bereits versucht zu sparen, wo es möglich ist bzw. gibt es massive Vorwürfe bei den Sozialmaßnahmen einsparen zu wollen. Andererseits sollen diese Beiträge nicht erhoben werden, obwohl das Gesetz die Möglichkeit der Erhebung zulässt. Will man auf diese Einnahmen verzichten oder nicht – dazu müsste es eine Verständigung im Stadtrat geben. So leid es ihr für die Bürger tut, aber es gibt immer einen Stichtag. Sollte der Landtag beschließen, dass die Kommunen eine Ausgleichzahlung erhalten, dann hätte sie kein Problem, dem Antrag der AfD-Fraktion zuzustimmen.

Auf den Hinweis von Stadträtin Anja Reinke, dass der Antrag auf Vertagung zur Folge hat, dass der Antrag der AfD automatisch wieder auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung steht, wirft Herr Jürgen Jacob, sachkundiger Einwohner ein, dass der Antrag zurückgestellt wird, bis die Entscheidung des Landtages erfolgt ist.

Stadtrat Thomas Seelmann ergreift die Initiative und beantragt, den Antrag der AfD-Fraktion zurückzustellen, bis der Gesetzgeber das Gesetz zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge beschlossen hat.

Stadträtin Doris Trautvetter zieht daraufhin ihren Antrag auf Vertagung zurück.

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher ruft zur Abstimmung über den erweiterten Antrag von Stadtrat Seelmann auf Zurückstellung des Antrages der AfD-Fraktion, bis der Landtag eine Entscheidung getroffen hat, auf.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme
Damit ist der Antrag *mehrheitlich* beschlossen.

Damit erübrigt sich die Abstimmung über den Antrag der AfD-Fraktion, merkt der Ausschussvorsitzende an. Zur Verfahrensweise gibt es seitens der Mitglieder des Wirtschafts- und Finanzausschusses keine gegenteilige Auffassung.

zu TOP 6 Fortsetzung der Haushaltsdebatte

Wie in der gemeinsamen Sitzung am 06.10.2020 angekündigt wurde, stehen heute die Investitionen im Fokus. Den Ausschussmitgliedern liegt dazu eine Übersicht vor, so einleitend Ausschussvorsitzender Mario Schumacher.

In der letzten Sitzung habe sich der Ausschuss mit dem Ergebnishaushalt und möglichen Einsparungen beschäftigt. Heute werde die stellv. Bürgermeisterin die geplanten Investitionen vorstellen. Zur nächsten Sitzung am 03.11.2020 wird die Verwaltung das Zahlenwerk zum Haushalt über die Mandatos-App öffentlich zur Verfügung stellen, damit sich die Fraktionen mit dem Zahlenwerk beschäftigen können, um über die Anregungen und Vorschläge aus den Fraktionen beraten zu können. Die Änderungen werden in den Haushalt eingearbeitet, um dann am 03.12.2020 den Haushalt im Stadtrat zur Beschlussfassung vorlegen zu können. Aufgrund der besonderen Situation, gibt es in diesem Jahr eine etwas andere Vorgehensweise zum Haushalt.

Die stellv. Bürgermeisterin stellt die einzelnen Positionen der Investitionsliste vor.

Stadträtin Anja Reinke stellt eine Zwischenfrage, ob Frau Wendler alle Positionen vortragen will. Ein Problem sehe sie darin, dass sowohl das Diskussionspapier als auch die Investitionsliste zur heutigen Sitzung den Bürgern nicht vorliegt.

Stellv. Bürgermeisterin Sabine Wendler hatte bereits angekündigt, dass das Zahlenwerk nach der Sitzung den Stadträten zu geht und öffentlich im Netz zugänglich sein wird. Der Haushalt wird der Öffentlichkeit nicht vorenthalten, jeder hat die Möglichkeit das Zahlenwerk einzusehen.

Stadträtin Anja Reinke gibt wörtlich zu Protokoll: „Ich möchte jetzt Frau Wendler fragen, warum das Diskussionspapier zur Haushaltsdebatte Stand 28.09.2020 sowie die Investitionsübersicht 2020-10-2 nicht öffentlich zugänglich ist, also für die Bürgerinnen und Bürger auf der Internetseite der Stadt Haldensleben veröffentlicht wurden.“

Wie mehrfach erläutert, handelt es sich um ein Diskussionspapier und der Haushalt wird zum 03.11.2020 öffentlich im Netz zur Verfügung gestellt, wiederholt die stellv. Bürgermeisterin ihre Antwort.

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher möchte Stadträtin Anja Reinke darauf aufmerksam machen, dass nicht nur einmal, sondern in diversen Sitzungen darauf hingewiesen wurde, dass es in diesem Jahr aufgrund der besonderen Situation eine etwas andere und geänderte Haushaltsdiskussion geben wird. In der gemeinsamen Sitzung wurde der Ergebnishaushalt vorgestellt und heute erfolgt die Vorstellung der Investitionen.

Die Öffentlichkeit konnte der Bekanntmachung entnehmen, dass heute der Haushalt Thema ist. Wer Interesse daran hat, kann an der Sitzung teilnehmen. Von daher halte es Herr Jürgen Jacob für richtig, dass die stellv. Bürgermeisterin die einzelnen Positionen der Investitionsliste vorstellt.

Stadträtin Anja Reinke gibt wörtlich zu Protokoll: „Der Aussage muss ich entschieden widersprechen. Gerade in Zeiten von Corona ist es nun mal nicht möglich, dass die interessierten Bürgerinnen und Bürger teilnehmen können. Sie können sich dazu auch nicht äußern oder in Widerspruch gehen, weil es hier im Grunde genommen jetzt hinter verschlossenen Türen abläuft.“

Der Äußerung von Stadträtin Anja Reinke muss Ausschussvorsitzender Mario Schumacher widersprechen. Die Bürgerinnen und Bürger können noch nicht in Widerspruch gehen, weil die Haushaltsdiskussionen erst am 03.11.2020 beginnen.

Stellv. Bürgermeisterin Sabine Wendler setzt ihre Vorstellung zu den Investitionen fort. Sie bittet auf Seite 9 eine Korrektur vorzunehmen. Bei der Feuerwehr Uthmöden – Gebäudeerweiterung muss der Ansatz 350.000 € lauten, wie bei der Kapazitätserweiterung der Feuerwehr Satulle.

Nach der Vorstellung bedankt sich die stellv. Bürgermeisterin für die Aufmerksamkeit. In der Sitzung am 03.11.2020 werden alle Amtsleiter anwesend sein, um Fragen beantworten zu können.

Stadträtin Anja Reinke gibt erneut wörtlich zu Protokoll: „Ich habe die Abstimmung über das Protokoll der letzten Sitzung nicht umsonst verschieben lassen, weil ich nämlich wieder einmal nicht so dargestellt wurde, was ich gesagt habe, wie es sich gehört. Darum sehe ich mich gezwungen, wörtlich zu Protokoll zu geben. Ich wende mich ganz entschieden gegen die Erhöhung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer. Ich hatte bereits bei der letzten Sitzung den Ausschuss aufgefordert, eine Prioritätenliste aufzustellen, Investitionen und weiterhin hatte sie darum gebeten, die Verwaltung darum gebeten, die Haushaltssatzung inhaltlich so aufzubauen, wie es auch der Landkreis Börde tut, indem nämlich freiwillige Leistungen und Pflichtaufgaben der Kommune voneinander getrennt betrachtet werden. Dazu noch die Anmerkung, man reduziert die Ausgaben nicht, indem man sie versteckt.“

Stellv. Bürgermeisterin Sabine Wendler bitte Stadträtin Anja Reinke konkret zu werden, was sie mit versteckt meint.

Stadträtin Anja Reinke setzt fort: „dass was Frau Wendler bekannt gemacht habe im Diskussionspapier beinhaltet viele kleine Dinge, die die ganz normalen kleinen Bürger unserer Stadt belasten. In Zeiten wo die Einnahmen zurückgehen, ist es Aufgabe des Staates zu handeln und zwar nicht indem man die Steuern erhöht, sondern indem man den Bürgern und den Unternehmern und Unternehmerinnen die Möglichkeit lässt, zu atmen. Wenn man in dieser Situation weiterhin die Steuern erhöhen möchte, führt das dazu, dass viele Unternehmen, die es jetzt schon schwer haben in der Krise, es noch schwerer haben werden. Unsere Aufgabe muss es sein, ganz klar und deutlich, alle Ausgaben auf den Tisch zu legen und dann gemeinsam zu entscheiden, was ist wirklich wichtig und was nicht.“

Nichts wird so ausführlich diskutiert wie der Haushalt. Der Haushalt wird mehrmals im Wirtschafts- und Finanzausschuss, in allen Fachausschüssen, im Hauptausschuss und in allen Ortsteilen vorgestellt und diskutiert. Die Verwaltung versteckt keine Ausgaben, nichts ist so transparent wie der Haushalt. Jeder der den Haushalt sehen möchte, bekommt ihn auch, entgegnet die stellv. Bürgermeisterin.

Was ist versteckt; das würde auch Stadträtin Doris Trautvetter interessieren.

Verstecken ist für Stadträtin Anja Reinke, wenn Dinge, die beraten werden, nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. „Es geht um die Frage, möchte ich einen Bürgerhaushalt haben, möchte ich, dass die Bürger und Bürgerinnen diskutieren, möchte ich das öffentlich machen, was ich sparen will oder nicht und wenn ich das nicht möchte, wie das hier ist, dann ist das so. Das ist meine Ansicht und die kann ich vertreten.“

Verstecken heißt für mich auch, wenn man nicht genau auflistet, was sind freiwillige Leitungen, was sind Pflichtleistungen, wenn man diese Gegenüberstellung nicht macht, so wie es der Landkreis in seinem Haushalt umsetzt, dann ist das natürlich auch etwas, was ich nicht akzeptieren kann.“

Was Pflichtaufgaben und freiwillige Leistungen sind, müsste jedem Stadtrat bekannt sein. Nichts destotrotz kann man die eine oder andere Position hinterfragen. Das ist das gute Recht eines jeden Stadtrates. Aber über versteckte Zahlen zu sprechen, was sich im Nachhinein herausstellt, dass es nur um die Öffentlichkeit geht, ist für den Ausschussvorsitzenden eine Auslegungsfrage, wie man was bewertet.

In der Fraktion Bürgerbewegung HDL wurde bereits über das Diskussionspapier beraten. Wäre es für die Verwaltung hilfreich, wenn die Vorschläge vorab eingereicht werden, hinterfragt Stadträtin Doris Trautvetter. Es gab auch die Überlegung eine Gruppe zu bilden, die gemeinsam fraktionsübergreifend zusammenkommt, um eine Prioritätenliste zu erstellen bzw. Ideen weiter zu entwickeln.

Genau aus diesem Grund habe die Verwaltung das Diskussionspapier vorgestellt, die Verwaltung ist für jeden Vorschlag dankbar, denn die eigentliche Haushaltsdiskussion steht ja noch aus, merkt die stellv. Bürgermeisterin Sabine Wendler an.

Sollte sich in der Sitzung am 03.11.2020 herausstellen, dass es weiteren Diskussionsbedarf gebe, wird noch eine weitere Sitzung zum Haushalt anberaumt, ergänzt Ausschussvorsitzender Mario Schumacher.

Die Verwaltung kann durchaus Vorschläge unterbreiten, wie sie den Haushalt gestalten möchte. Letztendlich entscheiden die Stadträte mehrheitlich darüber, was sie tun möchten und was nicht, so die Auffassung von Stadträtin Anja Reinke.

Stadträtin Roswitha Schulz habe mit der Erarbeitung des Haushaltes durch die Verwaltung keine Probleme. Der Haushalt wird in den Ausschüssen vorgestellt, in den Fraktionen diskutiert und die Änderungen, die sich aus den Fraktionen ergeben, können eingearbeitet werden.

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher hoffe, dass es eine rege Diskussion zu dem vorliegenden Diskussionspapier und den vorgesehenen Investitionen in den Fraktionen gibt, bevor der Haushalt am 03.11.2020 im Detail im Wirtschafts- und Finanzausschuss besprochen wird. Darüber hinaus sollte sich über die Strategie verständigt werden, ob die Stadt Haldensleben bereits zu Jahresbeginn einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen wolle.

zu TOP 7 Mitteilungen

Der **TOP 7** entfällt; es liegen im öffentlichen Teil keine Mitteilungen vor.

zu TOP 8 Anfragen und Anregungen

8.1. Stadträtin Doris Trautvetter fragt, ob die Fuß-/Radwege durch die Kehrmaschine auch gereinigt werden? Seit ca. einer Woche liegen auf dem Fuß-/Radweg in der Gerikestraße vor der AOK Glasscherben.

Stellv. Bürgermeisterin Sabine Wendler wird die Zuständigkeit prüfen lassen und wenn die Stadt zuständig ist, muss der Stadthof kurzfristig tätig werden.

8.2. Weiterhin spricht Stadträtin Doris Trautvetter die Kreuzung Werderstraße/Bülstringer Straße an. Dort ist ein Hydrant, dem die Substanz rundherum fehlt. Hier bestehe ihres Erachtens dringend Handlungsbedarf.

8.3. Stadträtin Roswitha Schulz erinnert an die Starkregenereignisse und die damit verbundene Überschwemmung der Satueller Straße. Stadtauswärts gab es einmal einen sehr tiefen Graben. Dieser Graben ist zu. Eine Öffnung des Grabens wäre ihres Erachtens hilfreich, um künftigen Überschwemmungen vorzubeugen.

Die Problematik sei bekannt, so Bauamtsleiter Holger Waldmann. Da in diesem Bereich Handlungsbedarf bestehe, hat sich die Stadtverwaltung bezüglich des Straßenseitengrabens, der zur Kreisstraße gehört, bereits schriftlich an den Landkreis gewandt. Bisher steht die Antwort noch aus.

8.4. Zu den gegebenen Anregungen gibt Stadtrat Thomas Seelmann den Hinweis, die Stadtseite „Sags uns einfach“ zu nutzen bzw. direkt beim Stadthof anzurufen, um das Problem zu schildern und nicht bis zur nächsten Sitzung zu warten.

8.5. Stadträtin Anja Reinke möchte gern die genaue Größe der Flächen der Stadt Haldensleben wissen. Zudem möchte sie wissen, wieviel Quadratmeter auf die Grundsteuer A und wie viel Quadratmeter auf die Grundsteuer B entfallen.

Die Quadratmeter für die Grundsteuer A können nicht beziffert werden. Die Stadt erhalte die Messbescheide vom Finanzamt, so die stellv. Bürgermeisterin. Analog verhalte es sich mit der Grundsteuer B. Die Verwaltung erhält einen Messbetrag und darauf erhebt die Kommune ihren Hebesatz.

Die Fläche allein bildet nicht die Grundlage. Es fallen auch andere grundsätzliche Fakten mit hinein, um die Messzahl, um die Steuer zu berechnen, ergänzt Stadträtin Doris Trautvetter.

gez. Mario Schumacher
Ausschussvorsitzender

Protokollantin